

Ostschweiz AM SONNTAG



Hitze im Büro
Luftig, aber nicht leger – der Dresscode.

Lebensart 24

2:1

Deutschland besiegt an der WM Schweden.

Sport 28

Das zermürbende Warten einer 45-Jährigen aufs Spenderherz.



Leben 19, 20

«Ich wollte nie Lokiführer werden.»

Turbo-Chef Ernst Boos kann's dennoch nicht lassen: Bei den Appenzeller Bahnen ist er neu Verwaltungsratspräsident.

Ostschweiz 14

Drei von vier Kitas nutzen Praktikantinnen aus

KasparENZ

Die Anstellungsbedingungen von Praktikantinnen in Kindertagesstätten rufen die Arbeitsmarktbehörden auf den Plan. So kontrollierte die Tripartite Kommission des Kantons Thurgau im vergangenen Jahr die Kinderkrippen im Kanton. 22 Kitas wurden untersucht, und in nur gerade fünf Fällen hatte die Kommission nichts gegen die Arbeitsbedingungen einzuwenden. «Nur in diesen fünf Betrieben wurden die beschäftigten Praktikanten auf eine Ausbildung vorbereitet und konnten mit einem Ausbildungs-

platz rechnen», sagt Daniel Wessner, Leiter des Thurgauer Amtes für Wirtschaft und Arbeit.

Kommission verlangt Lohnverbesserungen
In neun Fällen verlangte die Kommission eine Anhebung der Löhne auf das Niveau von Ungelernten – die Praktika hätten nicht anerkannt werden können, sagt Wessner. Mit acht Kitas dauern die Gespräche noch an.

Dieses Jahr nimmt auch die Tripartite Kommission des Kantons St. Gallen die Arbeitsbedingungen in den Kitas unter die Lupe. Kaum eine Kinderkrippe

«Das ist verstecktes Lohn-dumping.»

Christine Flitner
Zentralsekretärin VPOD

verzichtet heute darauf, Praktikantinnen anzustellen. Oft ist deren Bezahlung schlecht, und eine anschließende Ausbildung ist nicht garantiert. In den Augen der Gewerkschaften ist das Lohn-dumping. Die weitverbreitete Praxis der Kitas sieht man auch beim Branchenverband Kinderbetreuung Kibesuisse nicht gerne. Um mehr ausgebildetes Personal einzustellen, müssten die Kindertagesstätten aber entsprechende Mittel haben. Die Kantone müssten sich an der Subventionierung der Tarife beteiligen, fordert die Kibesuisse-Geschäftsführerin.

12

Fifa eröffnet Verfahren gegen Xhaka und Shaqiri

Fussball-WM Am Tag nach den kontrovers diskutierten Jubelgesten von Granit Xhaka und Xherdan Shaqiri im Spiel gegen Serbien hat die Fifa gegen die beiden Schweizer ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Es wird geprüft, ob die Geste politisch motiviert war. Damit hätten Xhaka und Shaqiri gegen das Fifa-Reglement verstossen.

Noch bevor die Einleitung des Verfahrens offiziell wurde, hatte der Schweizer Nationalmannschaftsdelegierte Claudio Sulser ein Statement platziert, das Einblick gewährte in die allfällige Verteidigungsstrategie des Schweizerischen Fussballverbands (SFV). «Der Jubel war eine spontane Reaktion. Es war eine sehr emotionale Affekthandlung,

die nicht mit Wissen und Willen geschehen ist», so der Tessiner. Sulser, selbst Anwalt und früher Mitglied der Fifa-Disziplinarkommission, geht wohl davon aus, dass der SFV gute Argumente zur Verteidigung der Spieler hätte, denn «es ist nicht schwarz oder weiss, sondern eine Interpretationsfrage».

Neben dem Verfahren gegen die beiden Schweizer eröffnete die Fifa eine Voruntersuchung gegen den serbischen Fussballverband sowie gegen Trainer Mladen Krstajic. Dieser hatte sich nach dem Spiel abfällig über Schiedsrichter Felix Brych geäussert. Die Serben hatten vergeblich einen Foulpenalty gefordert, der durchaus seine Berechtigung gehabt hätte. (sda)

2, 27

Blumer ist neuer VCS-Präsident

Wahl Der St. Galler Kantonsrat Ruedi Blumer wird neuer Präsident des Verkehrs-Clubs der Schweiz. Die Delegierten haben ihn gestern zum Nachfolger von Evi Allemann gewählt. Blumer erhielt an der Delegiertenversammlung in Cham ZG im ersten Wahlgang 41 Stimmen, der Luzerner Nationalrat Michael Töngi (Grüne) 38 Stimmen, wie der VCS mitteilte. Damit bleibt das Präsidium bei der SP. Der 61-jährige Blumer wohnt in Gossau und arbeitet noch bis Ende Juli als Lehrer und Schulleiter. Seit mehr als 10 Jahren leitet er als Co-Präsident die VCS-Sektion St. Gallen/Appenzell. (red)

5

FDP AR bringt sich in Stellung

Wahlkampf Es gibt Anzeichen, dass die Freisinnigen im kommenden Wahljahr den einzigen Ausserrhoder Nationalratsstimm von der SVP zurückerobert wollen. Zwar hat die FDP noch nichts entschieden. Doch nach den Regierungswahlen von Frühling 2019 könnten die Freisinnigen den Sitz von David Zuberbühler (SVP) angreifen. Dabei wären sie jedoch auf die Unterstützung weiterer Parteien angewiesen.

Im Herbst 2015 hatte die Ausserrhoder FDP ihren lange unangefochtenen Nationalratsstimm überraschend an den Herisauer SVP-Politiker verloren. (mge) 2, 11

Rätselhafte Abfälle in der Sitter gefunden



Müll Schuhsohlen, einige Verpackungen, aber auch Metall- und Keramikteile sowie Industrieplastik: Freiwillige haben an der Sitter ein Jahr lang Abfall gesammelt. Dabei stellten sie fest: Der Fluss spült immer wieder Bauschutt

an – auch in grösseren Mengen. Doch woher kommt der Müll? Und wer ist eigentlich dafür zuständig, die Übeltäter zu finden? Zwei Fragen, die nicht so einfach zu beantworten sind. 13

Bild: Urs Bucher

Praktikantinnen als Lückenfüller

Kindertagesstätten In vielen Kinderkrippen arbeiten Praktikantinnen zu tiefen Löhnen und ohne Aussicht auf einen Ausbildungsplatz. Das ruft auch die Arbeitsmarktaufsicht auf den Plan: Die Tripartite Kommission beanstandet drei von vier Krippen.

Kaspar Enz
kaspar.enz@ostschweiz-am-sonntag.ch

«Ganz viele Kitas nötigen junge Frauen zu ein bis zwei Jahren Praktikum vor der Lehre», sagt Christine Flitner, Zentralsekretärin Frauen und Gleichstellung beim VPOD. Praktika zu Löhnen von oft weit unter 1000 Franken im Monat. Mancherorts hätten die Frauen nicht einmal eine realistische Aussicht auf einen Ausbildungsplatz. Für Flitner ist klar: «Das ist verstecktes Lohndumping.» Und dagegen will nicht nur die Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes vorgehen.

So will sich dieses Jahr auch die Tripartite Kommission des Kantons St. Gallen der Thematik annähern. Zehn Krippen sollen zufällig überprüft werden, wie die Kantonsregierung auf einen Kantonsratsvorstoss antwortete. Die Kommissionen bestehen aus Vertretern von Verwaltung, Gewerkschaften und Arbeitgebern, und sie kontrollieren die Einhaltung orts- und branchenüblicher Arbeitsbedingungen im Rahmen der flankierenden Massnahmen zu den bilateralen Verträgen mit der Europäischen Union.

Nur ein Viertel einwandfrei

St. Gallen ist nicht der erste Kanton, der sich der Materie annimmt. Auf Empfehlung des Bundes nahmen in den letzten zwei Jahren die Tripartiten Kommissionen mehrerer Kantone Kitas unter die Lupe, im letzten Jahr auch im Thurgau. Erste Ergebnisse besprach die Kommission vergangene Woche. 22 Kitas hat sie untersucht. Weitaus die meisten beschäftigten Praktikanten, sagt Daniel Wessner, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Thurgau. Nur gerade bei fünf der untersuchten Kitas fand die Kommission nichts zu beanstanden. «Die beschäftigten Praktikanten wurden auf eine Ausbildung vorbereitet und konnten mit einem Ausbildungsplatz rechnen», sagt Wessner. Mit den anderen Kitas habe man Gespräche aufgenommen. «Bei



Oft sind es in Kitas die Praktikantinnen und Praktikanten, die die Kinder betreuen, während das erfahrene Personal sich um Administratives kümmern muss.

Bild: Getty

neun Fällen konnten die Praktika nicht als solche anerkannt werden, weshalb wir Anpassungen der Löhne zumindest auf das Niveau für Ungelernte verlangt haben.» Die Lohnunterschiede seien hoch. «Es geht von wenigen hundert bis zu rund 2000 Franken pro Monat.» Mit weiteren acht Kitas dauerten die Gespräche noch an.

Allerdings: «Praktika ohne Ausbildungscharakter zu tiefen Löhnen sind nicht unzulässig», sagt Daniel Wessner. Und nach drei Monaten im Praktikum sollte eigentlich klar sein, ob ein Beruf zu einem passt. Aber auch das sei nur eine Richtlinie, kein Gesetz. Die Mittel der Tripartiten

Kommission seien eben beschränkt.

Gewerkschaften fordern klare Regeln

Aber es gibt sie: Die Kommissionen könnten die Einführung eines Normalarbeitsvertrags beantragen, der für eine Branche Mindeststandards festlegen würde. Ein solcher NAV könnte eine Lösung sein, sagt Anke Gähme, Regio-Leiterin Ostschweiz der Gewerkschaft Unia. Denn ein GAV sei schwer zu vermitteln. Zwar melden sich auch junge Kinderbetreuerinnen bei der Unia, doch meist zu spät. «Denn wer mit Kindern arbeiten will, tut dies mit Herzblut. Man sucht

nicht den Konflikt mit den Arbeitgebern.» Aber weder Angestellte noch Kitas sind in starken Verbänden organisiert, ein Gesamtarbeitsvertrag deshalb schwer zu verhandeln. Tatsächlich fehle der Branche die Tradition der Sozialpartnerschaft, sagt Christine Flitner vom VPOD. Die Kitas seien eine junge Branche. Und oft fehle das Bewusstsein, dass die Kinderbetreuung ein anstrengender und anspruchsvoller Beruf sei.

Das meint auch Nadine Hoch. Sie ist Geschäftsführerin von KiBesuisse, dem Verband Kinderbetreuung Schweiz. Dass in vielen Kitas Schulabgängerinnen und Schulabgänger ein Jahr oder mehr in Praktika arbeiten, sieht

auch sie nicht gerne. «Oft sind sie es, die bei den Kindern sind, während die erfahrenen Erzieherinnen sich um Administratives kümmern müssen.» Auch sie plädiert deshalb für einen Bewusstseinswandel. «Kinderbetreuung ist eben nicht etwas, das man als Frau einfach kann.»

Die kantonalen Aufsichtsbehörden, oft die Sozialämter, könnten zum Umdenken beitragen, sagt Hoch. «Sie müssen die Betreuungsschlüssel ändern.» Damit legen die Ämter fest, wie viel Personal wie viele Kinder betreuen dürfen. «Zählen Praktikantinnen nicht, werden sie auch nicht eingestellt.» Doch das habe finanzielle Folgen. Bis zu 80 Pro-

zent der Kosten einer Kita seien Personalkosten. Und die würden unweigerlich steigen, wenn auf Praktika verzichtet wird. Das dürfte viele Kindertagesstätten finanziell in Schwierigkeiten bringen. Deshalb müsse die öffentliche Hand einschreiten, sagt Hoch. «Wenn es der Politik mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ernst ist.» Die Eltern würden schon genug beisteuern.

Auch die Ostschweizer Kantone müssten sich an der Subventionierung der Elterntarife beteiligen, fordert Hoch. «Am besten wäre es, wenn Kitas ins Bildungssystem integriert würden», sagt sie. «Denn Bildung beginnt nicht erst mit vier Jahren.»

Lü

Toni Brunner ist nur im Grünen ein Schwarzer

Stephan Ramsayer wird Leitender Staatsanwalt im Untersuchungsamt St. Gallen. Daneben ist er Lehrbeauftragter für Strafprozessrecht an der HSG, nebenamtlicher Richter am Ausserrhodener Obergericht und am Militärappellationsgericht 2, Instruktor und Fächerchef Strafrecht an der Polizeischule Ostschweiz, Vizepräsident der Rekurskommission Schule der Stadt St. Gallen sowie Berater der Geschäftsleitung der Swiss Football League. Wir wissen ja: Der Tag hat 24 Stunden. Reichen sie nicht, nehmen wir die Nacht dazu.

WLAN in der Badi oder nicht? «Im Freibad sollen die Leute abschalten und nicht am Handy sitzen», meint der Badmeister von Berneck. Die Erziehung des Volkes ist eine Daueraufgabe.

Im Kanti-Streit zwischen dem Toggenburg und dem Linthgebiet zeichnet sich eine Lösung ab. Die Kanti Wattwil bleibt bestehen und Rapperswil erhält eine neue. Für Wildhaus wird ein Skigymnasium und für Rorschach ein Tauchgymnasium ins Auge gefasst. St. Margrethen erhält eine Mittelschule für slawische Sprachen und Weisstannen eine höhere Fachschule für angewandte Bergrettung.

Im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre sind 130 St. Galler nach Romanshorn abgewandert und 103 Personen aus Romanshorn in den Kanton St. Gallen gekommen. Böse Zungen behaupten, das seien die gleichen Leute. Manche brauchen einfach ein bisschen länger.

Die Schweizergarde bekommt neuartige Helme aus dem 3D-Drucker. Diese werden derzeit getrocknet und in den nächsten Tagen bemalt. Bewäh-

Man hat ihn gehört in Bern.

ren sie sich, dürfte auch das Problem des fehlenden Gardisten-Nachwuchses bald behoben sein.

Was den Bernern ihr Bärenist den Schaffhausern der Munotgraben. Statt Schafböcken wie im Wappen weiden dort allerdings Damhirsche. Schafe wären zu aufwendig, sagt der Stadtrat, und Mufflons, ihre wilden Verwandten, könnten zu gut klettern. Darum bleibt es bei Hirschen. Vielleicht gefallen dem Stadtrat ja vor allem die Imponierschaukeln auf ihrem Kopf.

Nicola Paganini hat seine erste ganze Session als Nationalrat hinter sich. Und man hat ihn gehört in Bern. Fünf Mal stand der Olma-Direktor am Rednerpult. Wenn das jeder

mieche, müsste die Sommer- bis Herbstsession umbenannt werden.

Bischof Vitus Huonder hat den Pfarrer von Küssnacht SZ entlassen – weil er wegen Spielschulden das halbe Dorf angepumpt hatte. Hilfsangebote des Bistums wollte der Kirchenmann nicht annehmen. Er vertraut lieber auf Psalm 127: Den Seinen gibt's der Herr im Schlaf.

Auf den Wiesen von Bergbauer Toni Brunner weiden keine Original Braunen und keine Brown Swiss. Brunners Kühe sind brandschwarze Eringerinnen. Als subtilen Ausdruck einer nicht ausgelebten politischen Sympathie will der SVP-Nationalrat das nicht verstanden wissen.

In der Schweiz gibt es 42 Jagdbanngebiete. In Jagdbanngebieten ist Jagen verboten. Der Ständerat hat entschieden, dass Wölfe auch in Jagdbanngebieten geschossen werden dürfen. Darum heissen sie Jagdbanngebiete.

Geht es weiter nach dem Ständerat, dürfen nebst Wölfen künftig auch Luchse und Biber einfacher geschossen werden. Das Erlegen von Jägern und Ständeräten bleibt verboten.



Silvan Lüchinger
silvan.luechinger@tagblatt.ch